

# „Wir sehen die Dringlichkeit nicht“

BZ-INTERVIEW mit Holger Schatz, einem von elf Mieterinnen und Mietern, die in der Wohnhalde 1a wohnen bleiben wollen

**WIEHRE.** Der Konflikt spitzt sich weiter zu: Seit Jahren fordert die Stadtverwaltung die Mieterinnen und Mieter der Wohnhalde 1a zum Auszug auf, voraussichtlich wird am 9. Dezember im Gemeinderat darüber diskutiert. Wie geht's nun weiter? Anja Bochtler hat mit Holger Schatz gesprochen, einem der derzeit elf Mieter – er ist 41 Jahre alt, Soziologe, Gewerkschaftssekretär und Mitglied des „Hausvereins Wohnhalde 1a“, der das Haus kaufen will.

**BZ:** Seit drei Jahren fordert die Stadtverwaltung von Ihnen, dass Sie ausziehen. Warum tun Sie das nicht einfach?

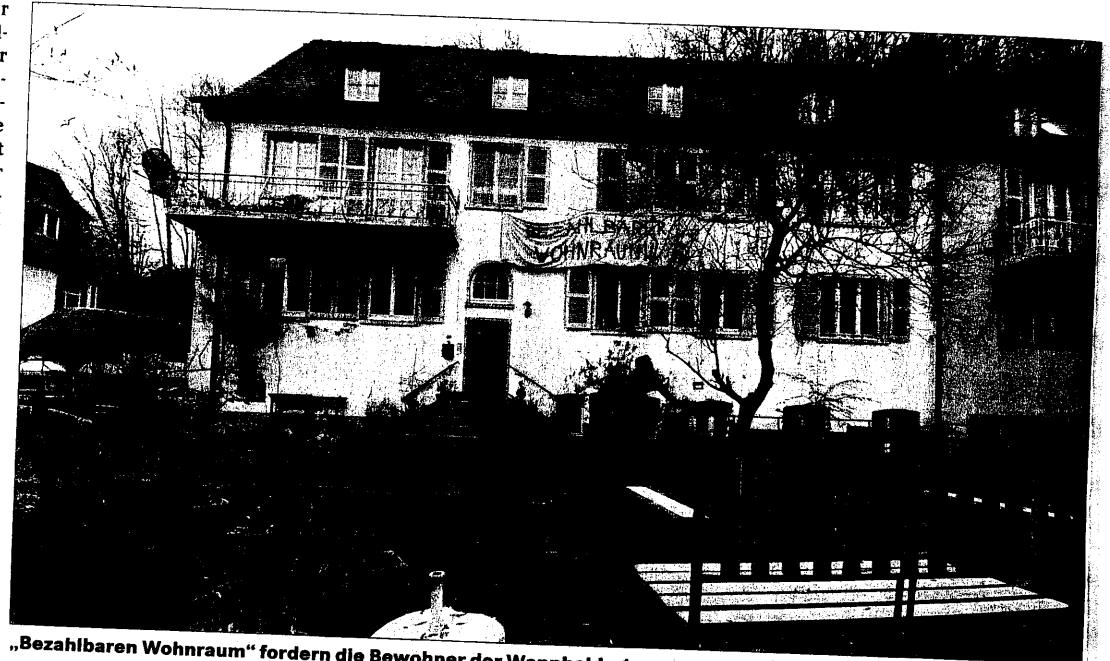
**Schatz:** Wir werden seit Jahren von der Stadtverwaltung an der Nase herumgeführt. Weil das Haus verfällt, haben wir 2004 ein Kaufangebot gestellt, woraufhin wir eineinhalb Jahre hingehalten wurden. Dann hieß es, die Stadt brauche ganz schnell Platz für Flüchtlinge. Jetzt wird mit den Wohnungslosen argumentiert. Wir sehen die Dringlichkeit nicht. Ich wohne seit 17 Jahren in der Wohnhalde 1a, wir leben in einer Hausgemeinschaft und in guter Nachbarschaft zum Männerwohnheim in der Wohnhalde 1. Wir akzeptieren nicht, dass unser Mietverhältnis einfach in Frage gestellt wird.

**BZ:** Aber jeder Vermieter kann Mietern wegen Eigenbedarfs kündigen.

**Schatz:** Genau das sollte ja der Unterschied sein zwischen privaten Vermietern und der Stadt als Eigentümerin öffentlicher Wohnungen. Doch es setzt sich immer mehr durch, dass städtischer Wohnraum nur noch für die finanziell Allerschwächsten bereit gehalten wird und der breiteren Bevölkerung kein Recht darauf mehr zugestanden wird. Dabei zählt nicht, dass ein wachsender Teil immer weniger verdient und immer höhere Mieten bezahlt.

**BZ:** Trotzdem bleibt das Problem, dass die Stadtverwaltung sagt, sie brauche das Haus für Wohnungslose und Flüchtlinge – die Rede ist von möglichen „unvorhersehbaren Flüchtlingsströmen und sprunghaftem Ansteigen der Obdachlosenzahlen“.

**Schatz:** Nach den städtischen Zahlen sind von zurzeit 1247 Wohnheimplätzen

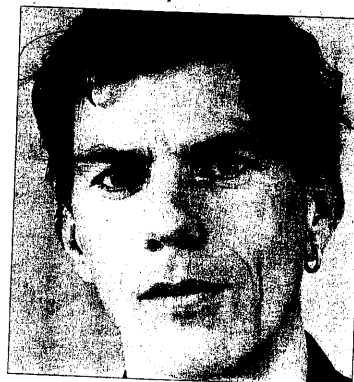


„Bezahlbaren Wohnraum“ fordern die Bewohner der Wohnhalde 1a – zum Beispiel in ihrem Haus. FOTO: SCHNEIDER

für Wohnungslose im Moment nur 948 belegt. Das Heim für wohnungslose Männer nebenan steht halb leer. Flüchtlinge kommen wegen der gesetzlichen Verschärfungen leider kaum noch nach Deutschland. Und diejenigen, die hier sind, wollen nicht isoliert in Heimen leben, sondern in Wohnungen. Es widerspricht sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen, Flüchtlinge und Wohnungslose gedrängt am Stadtrand unterzubringen, wo sie sich mit ihren Problemen gegenseitig runterziehen.

**BZ:** Sie glauben, das Argument, dass das Haus zur Unterbringung gebraucht wird, ist ein Vorwand?

**Schatz:** Ja. Die Häuser haben hohe Energiekosten, die Bausubstanz ist marode, eine Sanierung wäre sehr teuer. Wir gehen davon aus, dass die Wohnhalde 1 und 1a langfristig abgerissen und das Grundstück verkauft werden soll. Dann entstehen teure Wohnungen für diejenigen, die sich das leisten können.



Holger Schatz FOTO: BAMBERGER

**BZ:** In der Vorlage der Stadtverwaltung steht aber, der Vorwurf „Exklusivresidenzen für Reiche“ des „Hausvereins Wohnhalde 1a“ habe sich durch den Verzicht auf den früher geplanten Verkauf an Privatinvestoren überholt?

**Schatz:** Dieser Verzicht ist sicher nur vorübergehend, denn es sind keine langfristigen Sanierungsausgaben vorgesehen. Wenn wir weg sind, steht einem Abriss nach einer Übergangsnutzung nichts mehr im Wege.

**BZ:** Der „Hausverein Wohnhalde 1a“ will das Haus mit einem genossenschaftlichen Modell kaufen. Wie viel bieten Sie?

**Schatz:** Wir hatten vor drei Jahren 550 000 Euro geboten und wären bereit, das noch zu erhöhen.

**BZ:** Allerdings gibt es derzeit ohnehin keinen Schätzwert und keine Verhandlungsbasis. Wenn das Haus zum Verkauf ausgeschrieben würde, käme das höchste Angebot zum Zug – laut Stadtverwaltung käme das allen Bürgern zugute.

**Schatz:** Dann würde kurzfristig viel Geld in die öffentlichen Kassen fließen, langfristig aber wäre das Gelände weg, dort würden nur noch Gutbetuchte wohnen. Bei uns dagegen wären günstige Mieten mit Sozialbindung garantiert.